Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 342. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 25. Juli 1867.**

Deutschland.

Berlin, 24. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten Personen Orden und Ehrenzeichen verliehen, und zwar: **den königlichen Kronenorden 4. Klasse:** dem Ober-Ingenieur Pöge zu Dresden, den Bahnhofs-Inspectoren Heder und Carl daselbst, Löwenstein zu Löbau, Teichmann zu Zittau, Böcker zu Riesa und Andrée zu Cölln bei Meißen, dem Bevollmächtigten und Betriebs-Director Geßler zu Leipzig und dem Güter-Verwalter Schütz zu Zittau; sowie **das Allgemeine Ehrenzeichen:** dem Werkführer Kimmel zu Dresden und den Schirrmeistern Kästner zu Ober-Bobritzsch bei Freiberg und Symangk zu Dresden.

Se. Majestät der König hat den Obergerichts-Vice-Director Mühlenfeld in Aurich unter der Beilegung des Titels „Obergerichts-Director" zum Präsidenten des Obergerichts in Nienburg, den Obergerichts-Rath Busch in Hildesheim unter Beilegung des Titels „Obergerichts-Vice-Director" zum Vice-Präsidenten des Obergerichts in Aurich, sowie den Obergerichts-Assessor Ritter in Verden und den Obergerichts-Assessor Nolte in Celle, zu Obergerichts-Räthen; sowie an Stelle des auf seinen Antrag entlassenen Consul Grünberg in Narwa den dortigen Kaufmann Eduard Sutthof zum Consul daselbst ernannt.

Die Berufung des ordentlichen Lehrers Dr. Quintin Ferdinand Steinbart von der Friedrichswerderschen Gewerbeschule in Berlin zum Oberlehrer am Gymnasium in Prenzlau ist genehmigt worden. (St.-A.)

[Die Ankunft des Herrn Minister-Präsidenten] in Berlin wird zum Beginn des nächsten Monats erwartet. Vor der Abreise des Königs nach der Schweiz wird Graf Bismarck zur Begrüßung Sr. Majestät in Ems oder in Wiesbaden eintreffen. Die Berichte über das Befinden des hochverdienten Staatsmannes lauten sehr erfreulich. (Prov.-Corr.)

[Die Unterhandlungen wegen Nordschleswig.] Bekanntlich sind vor einiger Zeit zwischen Preußen und Dänemark Verhandlungen angeknüpft worden, welche auf die durch den Prager Friedensvertrag in Aussicht gestellte Abtretung einiger Bezirke von Nordschleswig an Dänemark Bezug hatten. Eine von Seiten der preußischen Regierung an das dänische Cabinet schon vor mehreren Wochen gerichtete Eröffnung über diesen Gegenstand war früher ohne Antwort geblieben. Vor Kurzem hat endlich der am preußischen Hofe beglaubigte dänische Vertreter, Freiherr von Quaade, die lang erwartete Rückäußerung seiner Regierung in Form einer diplomatischen Note an das diesseitige Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gelangen lassen. (Prov.-Corr.)

[Die Vertrauensmänner aus Hannover], deren Ansichten und Wünsche über die Gestaltung der hannoverschen Verwaltungs-Einrichtungen die Staatsregierung vor endgiltiger Beschlußnahme über diese Angelegenheit zu vernehmen wünscht, werden im Laufe dieser Woche hier eintreffen. Die Eröffnung der Berathungen, zu welchen dieselben berufen sind, soll am 29. d. M. erfolgen. (Prov.-Corr.)

[Die Berathungen mit den aus Hannover berufenen Vertrauensmännern] werden, dem Vernehmen nach, zu Anfang nächster Woche beginnen. Die von einigen Blättern gemachte Voraussetzung, daß auch der Ministerpräsident Graf Bismarck an diesen Verhandlungen theilnehmen werde, dürfte, wie die „N. A. Z." bemerkt, wohl nicht richtig sein, da dieselben sich nur auf Fragen der Verwaltungs-Organisation beziehen werden, die dem Ressort des Ministeriums des Innern angehören. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird aber Graf Bismarck allerdings in den ersten Tagen des August hier eintreffen.

[Ueber die Stellung Preußens zu Mexico] sagt die „Provinzial-Corresp.": Die neuesten Nachrichten über die Ereignisse in Mexico sind dazu angethan, die Gefühle der Theilnahme für den von einem so traurigen Geschick ereilten Kaiser Maximilian noch zu verstärken und das Verfahren der dortigen Gewalthaber in das düsterste Licht zu stellen. Unsere Regierung hat freilich noch keine amtlichen Berichte über die letzten Tage des unglücklichen Fürsten und die damit in Verbindung stehenden Vorgänge, da seit geraumer Zeit die erwarteten Mittheilungen des bei der kaiserlichen Regierung in Mexico beglaubigten Vertreters Preußens, Freiherrn von Magnus, ausgeblieben sind. Uebrigens ist dieser preußische Diplomat unmittelbar nach dem Eintreffen der ersten zuverlässigen Nachrichten über die Hinrichtung des Kaisers Maximilian angewiesen worden, das mexicanische Gebiet sofort zu verlassen und die Rückreise nach Berlin über die Vereinigten Staaten Nordamerikas anzutreten. Der Schutz der auf mexicanischem Boden weilenden Deutschen ist einstweilen der diplomatischen Vertretung einer befreundeten Macht übertragen worden.

[Für das Erscheinen des Bundesgesetzblattes] ist zwar ein bestimmter Termin noch nicht festgesetzt, es wird diese Publikation aber in nächster Zeit in die Oeffentlichkeit treten. (N. A. Z.)

[Der Umbau des Sitzungssaales im Abgeordnetenhause] ist bereits so weit vollendet, daß das Mobiliar desselben aus dem Concertsaal im Schauspielhause wieder dahin geschafft wird. (Berl. Nachr.)

[Wahlaufruf der Fortschrittspartei.] Von dem Vorstande des Wahlvereins der Fortschrittspartei wird der folgende Aufruf veröffentlicht:

Angesichts der bevorstehenden Wahlen zu dem ersten ordentlichen Reichstage des norddeutschen Bundes wendet sich der unterzeichnete Vorstand des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei an das Volk, um allerseits die Wähler zu mahnen an die eben so ernste wie schwere Pflicht, deren Erfüllung ihnen obliegt.

Das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht ist dem Volke gegeben worden ohne seine erste Vorbedingung: die Freiheit. Die Majorität des Reichstages hat die Aufnahme der Grundrechte in die neue Verfassung abgelehnt. Noch fehlt die freie Entwickelung der Gemeinde- und Kreis-Verfassung, ohne welche die Wahlvorstände nicht jene Unabhängigkeit haben, daß die Wahlhandlung vor jeder unberechtigten Einwirkung gesichert wäre und daß jeder Wähler das ihm verliehene Recht unbedingt und unverkümmert ausüben könnte. Noch liegt der alte Druck auf der Presse und den Vereinen, welcher an den meisten Orten das freie Wort darniederhält, ohne welches ein volles Verständniß über Sachen und Personen nicht gewonnen werden kann. Noch vermissen wir schmerzlich die wahre Verantwortlichkeit der Minister und der Regierungs-Beamten, welche sie abhalten soll, der freien Selbstbestimmung der einzelnen Staatsbürger eine andere Schranke als die des Gesetzes entgegenzustellen.

Ja, Vieles, was die preußische Verfassung, was einzelne andere Verfassungen der norddeutschen Staaten als feste Zusagen oder als beschworenes Recht enthielten, ist durch die Verfassung des norddeutschen Bundes wieder verloren gegangen und man hat nur den zweideutigen Trost für das Volk, daß es diese und höhere Rechte wiedererwerben könne.

Wohlann denn! Stellen wir uns mit unseren Gegnern auf den Boden der neuen Verfassung, welche gegen unsern Willen in der Gestalt, wie sie gegenwärtig vorliegt, zum Gesetz geworden ist.

Die Fortschrittspartei hat zu allen Zeiten das Volk zum gesetzmäßigen Kampfe aufgerufen und auch jetzt, obwohl der Boden für diesen Kampf ein ungleich ungünstigerer geworden ist, wendet sie sich an alle Freunde der Freiheit und des Vaterlandes, um sie aufzufordern, den gesetzmäßigen Kampf nicht aufzugeben, vielmehr zur rechten Zeit die einzige Waffe zu gebrauchen, welche das neue Gesetz dem Volke gegeben hat, das allgemeine gleiche Wahlrecht.

Freilich täuschen wir uns darüber nicht, daß es ein schwerer und ungleicher Kampf sein wird. Es ist schwerer, Rechte zu gewinnen, als sie zu vertheidigen, und die neue Reichsverfassung hat der Regierung mehr Rechte gegeben, dem Volke mehr Rechte genommen, als sie besaßen. Ob und wann es gelingen wird, diese Rechte auf dem Wege der Reichsverfassung wieder zu gewinnen oder gar sie noch zu vermehren, darüber vermögen wir nichts weiter zu sagen und wir wollen keine falschen Hoffnungen erregen.

Aber noch sind dem Volke Rechte geblieben, welche es gilt gegen neue Angriffe zu vertheidigen, und eine schlechte Wahl giebt selbst diese Rechte den Angriffen der Gegner und den Zugeständnissen der lahmen Freunde Preis. Noch hat das Volk Vieles zu verlieren, was es nur durch zuverlässige Vertreter bewahren kann. Statt der erhofften Ermäßigung der Steuern, drohen schon jetzt neue Steuern die Arbeit des Volkes mehr und mehr zu belasten. Statt der ersehnten Erleichterung des Kriegsdienstes steht mit Sicherheit eine dauernde Kriegsbereitschaft mit immer steigenden Ausgaben in Aussicht, ohne daß die so lange erstrebte Verkürzung der Dienstzeit im stehenden Heere wenigstens die Arbeitskraft des Einzelnen entlastete. Der neue Bund und sein großes Heer haben den Verlust von Luxemburg und Limburg für Deutschland nicht zu hindern vermocht. Schon wird die nordschleswigsche Frage ein Gegenstand der Verhandlungen der Cabinette und der Bund mit Süddeutschland, den man uns als sicheres Ziel der nationalen Einheitsbestrebungen zugesagt hat, scheint sich in die magere Form eines Zollparlaments kleiden zu sollen, dessen Aufgabe es sein wird, neue Wege zu finden, um die für die Wohlfahrt des Volkes schon zu hoch ausgebeutete Steuerquelle, die der indirecten Steuern, reicher fließen zu machen.

Gewiß wollen auch wir die Macht und die Einheit des gemeinsamen Vaterlandes, aber wir wollen nicht verzichten auf die freie Selbstbestimmung der Nation, welche sich nur in einem wahren, mit allen Rechten einer constitutionellen Volksvertretung ausgestatteten Parlamente, als dem vollen Ausdruck eines freien Volkswillens geltend machen kann. Gewiß sind auch wir stolz auf die Siege, welche unser Volk in Waffen erkämpft, aber noch höher stehen uns die Siege, welche das Volk durch die Arbeit des Friedens, durch die Waffen des Geistes, durch die Stärke des Rechtes erobert. Gewiß wollen auch wir Opfer bringen, wenn das Vaterland in Gefahr ist, aber wir wünschen die Gefahr zu vermindern, indem wir die Fortschritte der Nation nicht einfach auf die Gewalt, sondern auf die Einigung der Herzen und vor Allem auf die Freiheit begründen.

Darum fordern wir die Wähler auf, daß sie vorsichtig und besonnen Umschau halten unter den politischen Männern, die sich ihrer Wahl darbieten. Die kommende Zeit bedarf starker Charaktere, die im Sturm nicht wanken, die der Versuchung der Macht unzugänglich sind, die ihre Grundsätze nicht preisgeben an die Wechselfälle der äußeren Dinge. Die Vertreter des Volkes sollen vor allen Dingen in treuem Herzen des Volkes eingedenk sein und der Rechte, welche dieses Volk, ein so gebildetes und arbeitsames Volk, für sich in Anspruch nehmen darf. Sie sollen sparsame Verwalter sein, wenn es sich darum handelt, den Arbeitsgewinn des Volkes in Form von Steuern hinzugeben.

Wo es den Wählern an solchen Männern in ihrer Nähe mangelt, da wird der Wahlverein der Fortschrittspartei gern bereit sein, Rath und Auskunft zu ertheilen.

Aber auch die besten Abgeordneten werden außer Stande sein, Gegenwart und Zukunft der Nation im Sinne der Freiheit sicher zu stellen, wenn nicht hinter ihnen ein starkes und selbstbewußtes Volk steht, welches ihren Bestrebungen Kraft und Bedeutung verschafft und welches durch eigene unermüdete Bethätigung zeigt, daß es nicht blos für die Freiheit reif ist, sondern daß es auch die Freiheit will.

Es bedarf einer besonderen Organisation im Wege der Vereinsthätigkeit, damit einerseits alle Vorbereitungen zu den Wahlen in genügender Ausdehnung getroffen, andererseits eine Vereinigung der Wahlkörper mit ihren Abgeordneten hergestellt werde. Die Haltung des Volkes in der letzten Zeit hat zu einem nicht geringen Theile den Mangel an Erfolgen seitens der Volksvertretung mit verschuldet; sorgen wir dafür, daß in Zukunft keine Gelegenheit versäumt werde, um nicht blos wieder zu erwerben, was uns an Rechten verloren gegangen ist, sondern auch das hinzuzufügen, was im Einverständniß der liberalen Parteien seit Jahren als berechtigte Forderung des Volkes anerkannt worden ist.

Der Vorstand und Ausschuß
des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei.
Im Auftrage: Franz Duncker.

[v. Treitschke.] Wie der „Hamb. Corr." aus Kiel meldet, hat Professor v. Treitschke den Ruf an die Stelle Häusser's nach Heidelberg angenommen und verläßt demnach mit Ende des Sommersemesters die Kieler Universität.

Ems, 23. Juli. [Se. Majestät der König] ertheilte gestern Nachmittags einer Deputation aus Hannover Audienz und machte darauf eine längere Promenade. Heute Vormittags nahm Allerhöchstderselbe den Vortrag des Militär-Cabinets entgegen und empfing die Generale v. Barnekoff und v. Gerstorff, welche auch mit einer Einladung zur königl. Tafel beehrt wurden. (St.-A.)

Aus **Ems** vom 23. wird der „Nat.-Ztg." geschrieben: Gestern Nachmittags empfing der König auf dem Hofe des Curhauses eine Deputation von Lotterie-Collecteuren aus der Provinz Hannover. Mitglieder derselben waren der Senator Brenstein aus Leer, der Senator Degener aus Bremerförde, A. Molling aus Hannover, H. Knapp und F. Lagemann aus Osnabrück. — Morgen Vormittags 10 Uhr fährt der König per Extrazug nach Coblenz; dort treffen heute Abends der Prinz und die Prinzessin Carl vom Schlosse Brühl ein.

Hannover, 23. Juli. [Die Königin Marie], schreibt man der „N. A. Z.", hat heute morgen die Marienburg verlassen, um sich nach Hietzing zu begeben. (S. Hildesheim in Nr. 341 d. Bresl. Z.) Ueber die Verhandlungen mit der königlich preußischen Regierung, welche diesem Entschlusse der hohen Frau vorangingen, ist vielfach Unrichtiges auch durch die Presse verbreitet. Die königliche Regierung hat den Allerhöchsten Intentionen Seiner Majestät des Königs entsprechend darauf verzichtet, von der Königin Marie die Entfernung aus der Provinz Hannover zu verlangen, den Aufenthalt daselbst ihr vielmehr freigestellt. Dagegen erschien es unmöglich, noch länger einen Hofstaat in Function zu belassen, dessen Mitglieder als Diener eines die Herrschaft des Königs Wilhelm nicht anerkennenden Fürsten gleichfalls als thatsächliche Gegner der königlichen Staatsregierung zu erachten waren. Es wurde aus diesem Grunde der Beschluß gefaßt, die Bildung eines preußischen Hofstaates für die Königin Marie in Aussicht zu nehmen, damit dieser an Stelle ihrer bisherigen Umgebung in Dienst treten könne. Diese unabänderliche Entschließung wurde in gebührender Weise zur Kenntniß Ihrer Majestät der Königin Marie gebracht, worauf Allerhöchstdieselbe erklärte, einen preußischen Hofstaat nicht annehmen, sondern unter Beibehaltung ihrer bisherigen Umgebung ihr Hoflager nach Hietzing verlegen zu wollen. Nachdem die hierzu erforderlichen umfassenden Vorbereitungen beendet waren, ist heute Früh die Reise dahin angetreten worden.

Die von dem Hrn. Minister des Innern zur Theilnahme an den Berathungen über die Organisation der Verwaltungsbehörden im vormaligen Königreich Hannover berufenen Vertrauensmänner haben sämmtlich sich bereit erklärt, dieser Einladung zu folgen, mit Ausnahme des Staatsministers a. D. Grafen v. Bennigsen, welcher bedauerlicher Weise verhindert ist. — Nach weiteren hier eingetroffenen Bestimmungen des Hrn. Ministers werden die Berathungen am Montage den 29. d. M. in Berlin ihren Anfang nehmen. (Hiernach ist die uns mit einer falschen Angabe des Datums zugekommene Depesche in der heutigen Morgennummer unserer Zeitung zu berichtigen. D. R.)

Hannover, 23. Juli. [Den in den Verband der preußischen Armee übergetretenen früheren hannoverschen Militärs] soll bei Berechnung der Dienstzeit das Jahr 1866 nicht als Kriegsjahr angerechnet werden, wie das gleich nach Langensalza König Georg angeordnet hatte. Da indessen in mehreren Invalidisirungsfällen eine solche Anrechnung schon stattgefunden hat, so soll es durch einen Act königlicher Gnade dabei sein Bewenden haben.

[Zu den Wahlen. — Steuererhöhung.] In Hildesheim haben Tabaks- und Cigarrenarbeiter eine Berathung über die Tabaksteuer gehalten und u. A. beschlossen, bei der Reichstagswahl nur für einen Deputirten zu stimmen, der gegen die Tabaksteuer und jede andere die Arbeiter drückende neue Steuer sei. — Die Stadt Goslar am Harze mit 8200 Einwohnern muß nach der neuen Steuerveranlagung mehr bezahlen an Gebäudesteuer 400, an Klassen- 2c. Steuer 3800 Thaler. (N.-Z.)

Homburg v. d. H., 21. Juli. [Zur Spielbankfrage] schreibt man von hier der „K. Z.": Geheimerath Wohlers, welcher mit den betreffenden Gesellschaften über das künftige Schicksal der Spielbanken in Wiesbaden, Ems und Homburg zu verhandeln hat, ist, nachdem seine Anerbietungen in Wiesbaden das bereits von Ihnen mitgetheilte vorläufige Loos gehabt haben, seit einigen Tagen hier; doch scheinen die Verhandlungen selbst noch nicht begonnen zu haben. Das Resultat derselben dürfte aber auch hier unschwer vorauszusehen sein; man wird sich in Homburg so gut wie in Wiesbaden auf die Hinterfüße setzen und die Betretung des Rechtsweges in Aussicht stellen, so daß schließlich die Regierung sich genöthigt sehen dürfte, ihre wohlwollende Absicht weniger rücksichtsvoll zur Ausführung zu bringen. Die Frage der öffentlichen Spielbanken, die in Deutschland ihre Blüthe der Aufhebung der öffentlichen Spielbanken in Paris (1838) verdankten, wird bei uns nun schon seit 23 Jahren herumgezerrt — wir finden kein besseres Wort, wenn wir die verschiedenen Phasen dieser Angelegenheit am alten und neuen Bundestage und in der National-Versammlung ins Auge fassen. Am Bunde war schon im Jahre 1845 der Beschluß gefaßt worden, daß die Verträge wegen bestehender Spielbanken nicht verlängert und alle nicht vertragsmäßig bestehenden unterdrückt werden sollten. Diese Beschlüsse kamen so wenig zur Ausführung, wie bleibend der Beschluß der National-Versammlung vom 8. Januar 1849, welcher vom 1. Mai 1849 an alle Spielbanken ohne Entschädigung schloß und bei dem einzig widerstrebenden Homburg durch Execution diesem Beschlusse auch Nachdruck gab. In den fünfziger Jahren wußte dann die „anonyme Gesellschaft der vereinigten Pachtungen des Curhauses und der Mineralquellen zu Homburg" Vertrag um Vertrag mit der weniger geldbedürftigen als geldsüchtigen landgräflichen Regierung abzuschließen, wobei richtig die Erstreckung das ursprünglich bis 1871 verliehenen Rechtes zum Hazardspielbetrieb um weitere 25 Jahre, bis zum 31. März — 1896 (!) erlangt wurde (in Wiesbaden und Ems geht die alte Concession bis zum 1. April 1881). Als die Angelegenheit der Aufhebung der Spielbanken am Bunde den ersten Anstoß von der preußischen Regierung erhalten hatte (1844), konnte der Ausschuß in seinem damaligen Berichte als den entferntesten Endtermin der ertheilten Concessionen das Jahr 1870 bezeichnen; in einem späteren Berichte aus dem Jahre 1855 wurde schon das Jahr 1874 bezeichnet — und darauf hin konnten denn freilich die concessionirten Gesellschaften es wagen, trotz der auch von Seiten des Bundes anerkannten „Gemeinschädlichkeit" der öffentlichen Spielbanken, sich für dieses „sociale und volkswirthschaftliche Uebel" freien Paß bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu verschaffen! Und diese der öffentlichen Verwerfung gegenüber in der That unerhörte — Naivetät sollte schließlich noch 30 Jahre lang der allgemeinen Verdammung siegreich trotzen dürfen und können?! Dies will uns denn doch unmöglich bedünken.

Coblenz, 24. Juli. [Se. Majestät der König] sind zum Empfange des Sultans hier soeben in der festlich geschmückten Stadt eingetroffen. Der Sultan ist um 11 Uhr Vormittags aus Düren abgefahren und kommt um 2 Uhr hier an. Ihre königl. Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Carl sind gestern hier ebenfalls eingetroffen. Die Vorbereitungen zur großen Parade sind im Gange. (St.-A.)

Darmstadt, 22. Juli. [Die zweite Kammmer] nahm heute nach vierzehntägiger Pause ihre Berathungen wieder auf. Bezüglich der Mittheilung des Kriegsministeriums, betreffend die Umformung der großherzoglichen Armee-Division in Folge der mit Preußen abgeschlossenen Militär-Convention, spricht die Kammer, dem Antrage ihres Ausschusses entsprechend, ihr Einverständniß mit den seitherigen Organisationsmaßnahmen des Kriegsministeriums aus, „ohne jedoch ihr Recht aufzugeben, demnächst die einzelnen Anforderungen zu prüfen". Sodann wird die für Aufstellung zweier weiteren Batterien erforderliche Summe von 152,611 Gulden bewilligt. Der Antrag Hoffmann-Hallwachs, an die Regierung das Ersuchen zu richten, in ähnlicher Weise, wie dies bereits in anderen deutschen Staaten geschehen ist, an die Stände baldthunlichst eine Vorlage gelangen zu lassen, durch welche die Pensionssätze der Invaliden und der Hinterbliebenen gefallener hessischer Soldaten jeden Ranges vom Feldzug 1866 in ausreichender Weise erhöht werden, wird einstimmig angenommen. (Fr. J.)

Aus Baden, 19. Juli. [Das demokratische Wahl-Comite der deutschen Partei,] d. h. derjenigen, welche das preußisch-deutsche Programm an und für sich bekämpft und ihm deshalb vom Standpunkte des Constitutionalismus Schwierigkeiten bereitet, hat seinerseits ein Wahlprogramm erlassen. Unter den Unterzeichnern sind v. Feder und Welcker die einflußreichsten Namen. Von einer Verbindung mit dem Ultramontanismus scheint keine Rede; der letztere, schreibt man der „N. Z.", steht also isolirt, und ein Princip der politischen Würde, das nicht zu unterschätzen ist, hat demnach gesiegt. Bekämpfung der Militärpflicht in preußischer Form, Ablehnung der indirecten Steuern auf Lebensbedürfnisse sind zwei Grundpfeiler des Programms, in welches die Tabaksteuer nur nebenbei als verwerflich aufgenommen werden konnte, vielleicht weniger um ihrer selbst als um des Zweckes willen, welchem sie zu dienen bestimmt ist.

[Dr. Stabel.] Dem „Schw. M." wird geschrieben: „Der Staatsminister der Justiz, Dr. Stabel, hat seinen Austritt als Abgeordneter der Universität Freiburg für die erste Kammer angekündigt. Herr Stabel war im Spätherbst des vorigen Jahres an Stelle des damals ebenfalls freiwillig ausgetretenen Hofraths Schmidt gewählt worden, als er sich nicht in Function befand. Sein seitheriger Wiedereintritt in das Cabinet scheint der nächste Anlaß zur Niederlegung des Mandats zu sein."

Amerika.

New-York, 10. Juli. [Der Congreß] ist am 3. Juli in beschlußfähiger Anzahl zusammengetreten und es regnet bereits von allen Seiten Anträge auf Anträge. Wir halten es für gut, zunächst die wesentlichen Bestimmungen der vom Reconstructions-Ausschuß des Hauses eingebrachten Bill hervorzuheben. Wenn sie vielleicht auch nicht in allen Einzelheiten angenommen werden mag, so wird sie doch die Basis des zu erlassenden Interpretationsactes bilden.

Der erste der fünf Paragraphen erklärt, daß es die wahre Absicht und Meinung des Congresses gewesen, daß die dermalen in den ehemaligen Rebellenstaaten bestehenden provisorischen Regierungen illegal und deshalb null und nichtig seien, und daß sie in Zukunft, wenn sie überhaupt fortdauern, in allen Beziehungen den Militär-Commandanten der betreffenden Districte und der Autorität des Congresses unterworfen sein müssen. Der zweite Paragraph will die Reorganisationsgesetze so verstanden und ausgelegt wissen, daß die Militärbefehlshaber, wenn immer sie es für nothwendig erachten, ermächtigt sein sollen, irgend einen Beamten des Staates oder der Stadt, welcher von einer solchen provisorischen Regierung seine Gewalt ableitete, abzusetzen, zu suspendiren oder durch einen Anderen zu ersetzen, und daß solche Befehlshaber ebenfalls die Befugniß haben sollen, irgend einen Act einer solchen Regierung oder einer ihr untergeordneten Behörde zu verhindern, zu suspendiren oder außer Kraft zu setzen. Der dritte Paragraph schreibt vor, daß die Regierungsbeamten nur solche Personen zum Registriren zulassen sollen, welche sie auf Grund der Vorschriften des Reconstructionsgesetzes für berechtigt erachten; daß der bloße Eid in Bezug auf dieses Recht nicht maßgebend sein soll und daß sie je nach Umständen die bereits registrirten Personen wieder von der Liste streichen können. Der vierte Paragraph bestimmt, daß die Civilgerichte der Vereinigten Staaten oder irgend eines Staates keine Jurisdiction über die Handlungen oder das Verfahren eines Districts-Commandanten oder irgend eines ihm untergebenen Beamten und Offiziers, weder im Civilrechtswege noch criminalrechtlich, haben sollen. Der fünfte Paragraph endlich verordnet, daß kein Militär-Commandant eines südlichen Districts abgesetzt werden darf ohne Beirath und Zustimmung des Senats, es sei denn, daß er durch kriegsgerichtliches Urtheil kassirt wird oder daß er selbst in seine Ablösung einwilligt.

Der Sinn dieser Bestimmungen ist klar, und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie in der vorliegenden oder in annähernder Form angenommen werden. Dem Präsidenten bleibt dann nichts übrig, als sich zu fügen, was er voraussichtlich so lange als möglich zu vermeiden suchen wird, indem er entweder das ganze Gesetz durch den obersten Gerichtshof für ungiltig erklären läßt oder indem er vom Ober-Staatsanwalt Stanberry sich ein neues Gutachten anfertigen läßt, welches auch in das geflickte Gesetz einen anderen Sinn als den von den Gesetzgebern gewollten hineinlegt.

[Im Senate] ist jetzt die Vorlage sämmtlicher auf Mexico bezüglichen Papiere und Correspondenzen beantragt; wir werden also in kurzer Zeit neue Aufschlüsse über einzelne dunkle Partien der dortigen Vorgänge erhalten. Santa Anna soll nicht erschossen, auch nicht mit Gewalt von Bord eines amerikanischen Dampfers fortgeschleppt sein; es bleiben also weitere Nachrichten abzuwarten. Der von Seward neu ernannte mexicanische Gesandte Otterburg wird vom Senate nicht bestätigt werden, wahrscheinlich zieht aber der Präsident schon früher seinen Namen zurück.

[Die Sandwichs-Inseln.] Man behauptet, daß die Vereinigten Staaten mit der Königin Emma seit Monaten wegen Ankauf der Sandwichs-Inseln in Unterhandlung stehen. Die Einwohner der Inseln sind eben so sehr für die Annexion eingenommen als die Bürger der Pacific-Staaten; ob die europäischen Seemächte aber ihre Zustimmung geben werden, ist eine andere Frage.

Mexico. [Ueber die Execution in Queretaro] veröffentlicht die „New-Orleans-Times“ vom 9. d. in einem Extrablatte weitere Details durch Mittheilung eines Briefes aus San Luis de Potosi, aus dem wir Einzelnes bereits mitgetheilt haben. Wir geben heute den ausführlichen Bericht. Inwieweit demselben eine höhere Glaubwürdigkeit als der bekannten Figarophantasie beizumessen ist, mag vorläufig dahingestellt bleiben. Sind wir doch seit Monaten daran gewöhnt, in Bezug auf mexicanische Nachrichten von Amerika aus in der unzuverlässigsten Weise bedient zu werden. Die vorliegende Mittheilung lautet:

„Am Morgen des 19. Juni gegen 6 Uhr wurden die Truppen Escobedo's in einer kurzen Entfernung von der Stadt für die Hinrichtung des Kaisers und seiner Generale aufgestellt. Die Bewohner Queretaro's kamen zu Tausenden, um die letzten Augenblicke dieser Männer zu sehen. Beim Schlage Sieben meldete das Läuten der Glocken, daß die Gefangenen ihre Zellen zum letzten Male verlassen hatten und auf dem Wege zum Richtplatze waren. Bald darauf erschienen sie fahrend und von einer starken Wache umgeben; Maximilian zuerst, gefolgt von Miramon, und zuletzt Mejia. Als sie sich dem Richtplatze näherten, wurde mehrfach krampfhaftes Schluchzen unter dem umstehenden Volke hörbar. Die Wagen hielten und die Gefangenen stiegen aus. Kaum ein trockenes Auge war in der Versammlung zu finden, Zeichen der Unzufriedenheit wurden zu erkennen gegeben und beim Aussteigen wurde Maximilian von vielen Anwesenden laut begrüßt. In leichter und graciöser Weise, mit elastischem Schritt, ging er hinauf zur Todesstätte. Die Gefangenen waren einfach gekleidet. Sie waren weder gebunden, noch waren ihnen die Augen verhüllt. Sobald er seinen Platz eingenommen, hielt der Kaiser eine Anrede. Seine Sprache war klar und fest, ohne indeß an das Prahlerische zu streifen. Er schien sich seiner Lage vollkommen bewußt zu sein und sagte: „Als mich zuerst die Deputation aus Mexico in Miramare aufgesucht hatte, welche, mit Beglaubigungsschreiben versehen, mir die Regierung dieses Landes anzubieten kam, verweigerte ich die Annahme. Bei einer demnächstigen Zusammenkunft wurde der Vorschlag nochmals gemacht und ich habe geantwortet, daß, sobald ich überzeugt wäre, daß die Majorität des Volkes es den Interessen des Landes entsprechend erachte, mich an die Spitze der Regierung zu stellen, ich mich zur Annahme entschließen dürfte. Eine zweite Deputation kam und brachte weitere Zeugnisse. Auf den Rath der europäischen Mächte, welche der Ansicht waren, daß es für mich keine andere Handlungsweise gäbe, folgte ich dem Rufe. Ich bestreite, daß der Gerichtshof, welcher mich verurtheilt hat, dazu ein Recht besaß. Meine Sache war die des besten Willens. Die Nationen der Welt haben mir, als ich sie unternahm, ihr Wort verpfändet. Ich würde mich der Sache nie gewidmet haben, wenn ich nicht geglaubt hätte, dadurch Gutes für Mexico zu bewirken.“ Der Kaiser schloß seine Anrede mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß sein Tod dem Blutvergießen im Lande ein Ende machen würde. Miramon hielt auch eine Ansprache, welche er von einem Blatte las. Sein einziges Bedauern beim Sterben, sagte er, wäre das Gefühl, daß die liberale Partei an der Regierung bleibe und daß man auf seine Kinder als die Nachkommen eines Verräthers hinweisen werde. Er sagte, daß er kein Verräther sei und daß er stets Gegner der liberalen Principien und der im Lande herrschenden Unordnung gewesen. Er werde sterben, wie er gelebt, als Conservativer, befriedigt, für sein Land den Tod zu erleiden. Der Ruf seiner Thaten werde leben und die Nachwelt werde richten, ob er Recht oder Unrecht gehabt habe. Er schloß mit den Worten: „Es lebe der Kaiser! Es lebe Mexico!“ Mejia hielt keine Anrede — er ging auf Escobedo zu, sagend, er sterbe als armer Mann, er habe nie danach getrachtet, Geld zu machen. Sein einziger Reichthum bestehe in 40 Stück Vieh in den Gebirgen. Er hoffe, daß die Kaufleute in Matamoras, denen er viel Geld schulde, seine Frau nicht durch Zahlungsforderungen drücken würden, wenn sie in den Besitz des Geldes komme, welches ihr des Kaisers Güte vermacht habe. — Nachdem Miramon aufgehört hatte, zu sprechen, wurde die Wache in einer Linie aufgestellt. Die Gefangenen standen ihr mit dem Gesichte zugewandt. Der Kaiser rief den Unteroffizier, zog eine Hand voll Zwanzig-Dollarstücke aus seiner Tasche und gab sie ihm mit dem Bemerken, er möchte dieselben nach seinem Tode unter seine Leute vertheilen. Er forderte als eine besondere Gunst, daß er mit seiner Kugel nach seinem Herzen zielen wolle. Die Offiziere gaben das Signal, worauf die Salve abgefeuert wurde, die Gefangenen waren alle zu Boden gestreckt. Der Kaiser war nicht völlig todt, seine Muskeln zuckten stark; fünf Kugeln waren in seine Brust gedrungen. Zwei Soldaten wurden darauf beordert, ihm in die Seite zu schießen. Miramon und Mejia waren von der ersten Salve getödtet worden. Jede der vier Kugeln war ihnen in die Brust gedrungen. Der Arzt, welcher die Leiche des Kaisers einbalsamiren sollte, warf hierauf ein Laken über dieselbe. Die Leichen wurden dann von den Freunden der Getödteten fortgeschafft und die Truppen zogen sich in ihre Quartiere zurück, während Tausende von Menschen, unter dem Eindrucke des furchtbaren Schauspiels, noch lange auf dem Platze blieben. In entschiedenem Widerspruch mit dieser Darstellung steht eine andere, von der „Morning Post“ gegebene, die allerdings in hohem Grade tendenziös gefärbt scheint und von der schimpflichen und harten Behandlung der Gefangenen auf ihrem letzten Gange zu berichten weiß. Hiernach soll statt der Einbalsamirung der Leiche Maximilians deren sofortige Beerdigung erfolgt sein.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 25. Juli. [Polizeiliches.] Gestohlen wurde: Siebenhufenerstraße Nr. 18 eine silberne Cylinderuhr mit silberner Kette.
Außerhalb Breslau: eine silberne Cylinderuhr mit Goldrand.
Verloren wurde: ein schwarzseidener Sonnenschirm mit weißer Kante.
Gefunden wurde: ein schwarzseidener Damengürtel mit Messingschloß und eine Cigarrentasche, worin sich eine Brille befindet und 2 Schlüssel.
(Fremdenbl.)

Ö **Breslau**, 22. Juli. [Handwerker-Verein.] Die Vereinssitzungen am 15. und 18. d. M. fielen aus, weil sowohl die Vortragenden als ein großer Theil der Vereinsmitglieder durch die zu gleicher Zeit angesetzten Versammlungen des Wahlvereins dort festgehalten waren. Am gestrigen Abend hielt Hr. O. Elsner, eine neue Kraft, Vortrag über Torquato Tasso. Herr G. Lindner zeigte nach Beantwortung einiger das letzte Gartenfest (u. A. die Zulassung von Gästen) betreffenden Fragen an, daß am nächsten Sonntag wieder ein gemeinsamer Spaziergang des Vereins stattfinden soll, dessen Ziel am nächsten Donnerstag angegeben werden würde. Nach Vortrag einiger Lieder durch die Sänger des Vereins und Beantwortung einiger Fragen wurde die Sitzung geschlossen.

Schweidnitz, im Juli. [Kirchliches.] Behufs der katholischen Seelsorge in den Kriegs-Lazarethen waren im vorigen Jahre mit Genehmigung des fürstbischöflichen Amtes zwei Mitglieder des Jesuiten-Ordens zur Unterstützung des diesseitigen Pfarramtes thätig. Die Aushilfe, welche sie leisteten, war insbesondere ersprießlich im Interesse der verwundeten Oesterreicher, die als Gefangene in zahlreicher Menge in den hiesigen Lazarethen untergebracht waren; denn die Patres redeten mehrere der fremden Sprachen geläufig. Auch jetzt noch sind zwei Jesuiten, deren Heimath unsere Provinz ist, bei den gemehrten Ansprüchen an die katholische Seelsorge in außerordentlicher Function und wohnen in dem Gebäude, welches in den alten Zeiten zur hiesigen Kreuzherren-Commende gehörte und vor Kurzem, nachdem es in Folge der Aufhebung der geistlichen Stifter im Jahre 1810 in verschiedenen Privatbesitz übergegangen war, von dem Stadtpfarrer Simon käuflich erworben worden. (N. Pr. Z.)

*** **Greiffenberg i. Schl.**, 24. Juli. [Wahl.] Bei der heute in Löwenberg stattgefundenen Ersatz-Wahl zum Abgeordneten-Hause für den durch seine Ernennung zum etatsmäßigen Mitgliede der königl. Regierung zu Bromberg ausgeschiedenen Regierungs-Rath Fischer zu Liegnitz wurde derselbe wiedergewählt. Von 473 Wahlmännern waren anwesend 311, hiervon ertheilten 260 dem Hrn. Regierungs-Rath Fischer, 49 dem Hrn. Regierungs-Rath v. Merkel auf Thomaswaldau ihre Stimme, — 2 enthielten sich der Abstimmung; es waren mithin 162 Wahlmänner nicht erschienen, deren Stimmen meist auf den Candidaten der liberalen Partei Hrn. v. Merkel gefallen wären. Die liberalen Wahlmänner von Bunzlau waren sämmtlich ausgeblieben, da sie im Voraus das Ergebniß der Wahl als ein zweifelloses betrachteten. — Wir können uns mit dieser Tactik der liberalen Partei nicht einverstanden erklären. (Sie ist ganz entschieden zu mißbilligen. D. Red.)

L. **Reichthal**, 22. Juli. [Reichthal-Kempner Chaussee-Angelegenheit.] Bezug nehmend auf das Referat aus Namslau in Nr. 335 d. Z. vom 19. d. M. war wegen dieser Angelegenheit unter Vorsitz des Herrn Landraths Salice-Contessa am 19. d. auch hier Stadtverordnetensitzung, welche jedoch aus folgenden Gründen, trotz Anerkennung der guten Absicht des Herrn Landraths und dessen Bemühungen nicht augenblicklich zur Bewilligung des verlangten Extrabeitrages von 1/12 der Baukosten führte, und bewilligte derselbe den Herren Stadtverordneten noch eine Berathung zur Beschlußfassung für heute. Die Nothwendigkeit des Chausseebaues ist außer Frage — doch nicht der Extrabeitrag und dessen Höhe. Noch größer aber ist die Frage, daß die Herren Kreisstände kein besonderes Interesse am Zustandekommen desselben haben sollen, und das will uns nicht einleuchten. Ich glaube, und gewiß Viele mit mir, daß ein Theil des Kreises ebenso berechtigt ist wie der andere. Man hat zur Verbindung Namslau-Brieg eine Kreis-Chaussee von Namslau nach Schwirz in die Actien-Chaussee Noldau-Brieg gebaut, eine dergleichen von Schwirz nach Carlsruh, warum hat man da von den zu verbindenden Orten keinen Extrabeitrag verlangt? Wird die Chaussee Reichthal-Namslau nicht erst durch die Verlängerung nach Kempen rentabel? Haben bis jetzt die Dominien und Gemeinden Skorischau, Behnsdorf, Schmograu, Buchelsdorf, Strehlitz für Tausende von Holzfuhren jährlich nur einen Pfennig Chausseegeld bezahlt? Denn — sie fuhren nicht bis ans Zollhaus Buchelsdorf — erst jetzt durch den Neubau und resp. Zollhaus wird dieses geschehen, und dennoch wollen die Herren Kreisstände kein Interesse am Zustandekommen der Chaussee haben? Unser Städtchen wird nur die Durchfuhr und sehr geringen Nutzen haben. Namslau hingegen, da ist der Knotenpunkt, der Sitz der Behörden, da wird aller Verkehr sich hinziehen. Aber hauptsächlich Kempen gewinnt, es kommt an den Mittelpunkt der Bahn nach Breslau-Oberschlesien, an die Chausseen Brieg und Oppeln, sollte diese Stadt nicht einen Extrabeitrag zahlen? oder gar der dortige Kreis? der außer der hohen Staatsprämie 9000 Thlr. von den Besitzern von Laskie und Mrozin nebst freien Baugrund erhielt? hauptsächlich aber durch die gewählte Trace auch näher nach Constadt bauen kann. Doch wer giebt Antwort auf alle diese Fragen und was nützen sie, wenn es heißt: „ohne unseren Beitrag von 1/12 fällt das ganze Project“? — Das zu verantworten durften, konnten wir nicht wagen, und so ward heut einstimmig dieser Beitrag beschlossen. Mögen die Befürchtungen, die ich schon ein Mal in Ihrer geschätzten Zeitung wegen dieser Chaussee ausgesprochen, sich nicht bewahrheiten; möge der Verkehr ein lebhafter werden und unsere Opfer nicht umsonst gebracht sein.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau. 24. Juli 10 U. Ab.	330,77	+14,4	SW. 1.	Regen u. Gewitter.
25. Juli 6 U. Mrg.	331,63	+14,6	W. 1.	Sonnenblicke.

Breslau. 25. Juli. [Wasserstand.] O.-P. 14 F. 9 Z. U.-P. 1 F. 4 Z.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 25. Juli. Die dänische Gesandtschaft weiß nichts davon, daß zwei Brüder des Königs von Dänemark, wie die „France“ behauptet, incognito hier anwesend seien. (Wolff's T. B.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 24. Juli, Nachm. 3 Uhr. Matte Haltung. Consols von Mittags 1 Uhr waren 94⅝ gemeldet. — Schluß-Course: 3% Rente 68, 75 bis 68, 85—68, 72½. Italien. 5% Rente 49, 25. 3% Spanier —. —. 1% Spanier —. —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 456, 25. Credit-Mob.-Actien 318 75. Lombard. Eisenbahn-Actien 375, —. Oesterreich. Anleihe von 1865 pr. cpt. 322, 50. 6% Vereinigte Staats-Anleihe von 1882 (ungest.) 82⅝.

London, 24. Juli. Consols 94 5/16. Amerikaner 72 13/16.

Frankfurt a. M., 24. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 92⅜. Finnländische Anleihe —. Neue Finnländ. 4½% Pfandbriefe 82¼. 6% Verein. Staaten-Anl. pr. 1882 76⅞. Oesterr. Bank-Antheile 648. Oesterr. Credit-Actien 169½. Darmstädter Bank-Actien 198. Meininger Credit-Actien —. Oesterr.-Franz. Staatsbahn-Actien 217. Oesterr. Elisabetbahn 106½. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Berbach 148. Hessische Ludwigsbahn —. Darmst. Zettelbank —. Oesterr. 5% steuerfr. Anleihe 46⅞. 1854er Loose 59½. 1860er Loose 70¼. 1864er Loose 70¼. Badische Loose 52¼. Kurhessische Loose 52½. 5% österr. Anleihe von 1859 61. Oesterr. Nat.-Anlehen 52⅜. 5% Metalliques 44¼. 4½ % Metall. 39¾. Baierische Prämien-Anl. 99. Matte Haltung. Nach Schluß der Börse Credit-Actien 169¼, 1860er Loose 70, Staatsbahn 216¼.

Frankfurt a. M., 24. Juli, Abends. [Effecten-Societät.] Matte Haltung. Amerikaner 76 13/16. Credit-Actien 168½. Steuerfreie Anleihe 46½. 1860er Loose 69 15/16. Staatsbahn 216.

Wien, 24. Juli. [Abendbörse.] Sehr flau. Credit-Actien 182, —. Nordbahn 168, 50. 1860er Loose 87, 80. 1864er Loose 75, 80. Staatsbahn 231, 60. Galizier 216, 25. Steuerfreies Anlehen —. Napoleonsd'or —. Anglo-Austria-Bank —.

Hamburg, 24. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Fonds ruhig, sehr beschränkter Umsatz. Valuten angenehmer. Oesterr.-franz. Staatsbahn 457, 50, Lombarden 370, 00, Italienische Rente 48⅝. — Schluß-Course: Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 89¾. National-Anleihe 54½. Oesterr. Credit-Actien 72⅜. Oesterr. 1860er Loose 69⅝. Mexicaner — —. Vereinsbank 110¼. Norddeutsche Bank 118½. Rheinische Bahn 114½. Nordbahn 91½. Altona-Kiel 130 angeboten. Finnländische Anleihe 82. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 91. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 88. 6procent. Vereinigte Staaten-Anleihe pr. 1882 70. Disconto 2 pCt.

Hamburg, 24. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. (Getreidemarkt.) Loco-Getreide knapp, höher. Weizen auf Termine stark angeboten. Pr. Juli 5400 Pfd. netto 170 Bancothaler Br., 169 Gld., pr. Juli-August 153 Br. und Gld., pr. August-September 143 Br., 142 Gld., pr. Herbst 134 Br., 133 Gld. Roggen pr. Juli 5000 Pfd. Brutto 120 Br., 119 Gld., pr. Juli-August 110 Br. und Gld., pr. August-September 103 Br., 102 Gld., pr. Herbst 99 Br., 98 Gld. Hafer sehr fest, gefragt. Spiritus unverändert. Oel flau, loco 25, pr. October 25⅜. Kaffee lebhafter, 3500 Sack Rio loco zu 4⅜—5¾ Sch. verkauft. Zink sehr ruhig. — Regenwetter.

Liverpool, 24. Juli, Mittags. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Feste Haltung. Neueste Newyorker Berichte melden Baumwolle 28. Middling Amerikanische 10⅜. Middling Orleans 10⅝. Fair Dhollerah 8½. Good middling fair Dhollerah 7¾. New Dhollerah —. Bengal 6¾. Good fair Bengal 7¼. Fine Bengal 7⅝. New Domra 8¼. Pernam —. Egyptian —.

Antwerpen, 24. Juli. Petroleum, raff. Type, weiß, 43 Frcs. pr. 100 Ko.

Amsterdam, 24. Juli. In der heutigen seitens der niederländischen Handels-Gesellschaft abgehaltenen Zucker-Auction wurden 38,900 Cranjangs Java zu folgenden Preisen, fast durchgängig zur Taxe, verkauft: Nr. 11 30½ Fl., Nr. 12 31½ Fl., Nr. 13 32¼ Fl., Nr. 14 33¼ Fl., Nr. 15 32¾ Fl., Nr. 16 33½ Fl., Nr. 17 34 Fl., Nr. 18 34¾ Fl., Nr. 19 34¾ Fl.

Paris, 24 Juli, Nachmittags. Rüböl pr. Juli 96, 50, pr. August-September 98, 50, pr. September-Dezember 99, 00. Mehl pr. Juli 74, 75, pr. August-Septbr. 72, 50. Spiritus pr. Juli 64, 50.

London, 24. Juli. Getreidemarkt (Schlußbericht). Getreidemarkt sehr ruhig, Preise gegen letzten Montag unverändert. — Sehr schönes Wetter. Zucker lebhaft, Reisladungen gefragt, Indigo ruhig.

Amsterdam, 24. Juli. Getreidemarkt (Schlußbericht). Getreide ohne wesentliche Veränderung. Rüböl pr. October-Dezember 38½.

Berliner Börse vom 24. Juli 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	98 bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103¾ bz.
dito 1854. 55. 57	4½	98 bz.
dito 1859	4½	98 bz.
dito 1856	4½	98 bz.
dito 1864	4½	98 bz.
dito 1867	4½	98 bz.
dito 1850/52	4	90¼ bz.
dito 1853	4	90¼ bz.
dito 1862	4	90¼ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	84½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	123¼ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	98½ B.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	78⅜ G.
Pommersche	3½	78¼ bz
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	88¼ bz.
Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	91 bz.
Pommersche	4	91½ bz.
Posensche	4	89¾ G.
Preussische	4	90¼ bz.
Westph. u. Rhein.	4	93 bz
Sächsische	4	91 bz.
Schlesische	4	91¾ G.
Louisd'or 111¼ G	Oest.Bk. 80 bz.	
Goldkr. 9. 8 G.	Poln.Bkn. — — —	

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	46¼ B.
dito Nat.-Anl.	5	54½ bz.
dito Lot.-A.v.60	5	70¼ bz.
dito dito 64	—	41 B.
dito 54er Pr.-A.	4	60 G.
dito Eisenb.-L.	—	66½ bz.
Ital. neue 5 proc. Anl.	5	49⅝ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	87 bz
dito Poln. Sch.-Obl.	4	66 G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	58¾ B.
Liqu. Pfandbr.	4	48⅝ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93½ G.
dito à 300 Fl.	5	91¾ B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53 bz. u. B.
Baden. 35 Fl. Loose	—	30½ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	77⅜ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	— — —
dito IV.	4½	94¾ B.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77½ G.
Cöln-Minden	4½	97½ G.
dito II.	5	102¼ bz.
dito	4	85¼ bz.
dito III.	4	84¼ B.
dito	4½	
dito IV.	4	83¾ bz.
dito V.	4	83¾ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	82½ B
dito III. Em.	4½	— — —
dito IV. Em.	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	79½ bz.
Niederschl.-Märk.	4	88½ bz.
dito conv.	4	88½ bz.
dito III.	4	86½ bz.
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	99 bz.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	79 B.
dito C.	4	— — —
dito D.	4	87½ G.
dito E.	3½	— — —
dito F.	4½	— — —
dito G.	4½	— — —
Oest.-Franz.	3	249½ bz.
Oest. südl. St.-B.	3	223 B.
Rhein. v. St. gar.	4½	97 G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	93⅝ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	33 bz.
Amsterd.-Rottd.	7¼	4⅗	4	98 G.
Berg.-Märkische	9	8¼	4	142¾ bz.
Berlin-Anhalt	13	16	4	217½ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	68⅝ bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	96⅝ bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	156½ G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	214 B.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	137⅞ bz.
Böhm.-Westb.	—	—	6	58¾ bz.
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	133 G.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	140 bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2½	4	60½ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	79 B.
dito dito	—	5	5	83 G.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	67 etw. bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅖	4	147½ B.
Magd.-Halberst.	15	—	4	187 B.
Magd.-Leipzig	20	—	4	255½ B
Mainz-Ludwigsh.	8	—	4	126 bz.
Mecklenburger	3	3	4	73⅞ bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	84 G.
Niedrschl. Märk.	—	4	4	90¼ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	88¾ B.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	—	4	92 bz.
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	189½ B
dito B.	11⅔	12	3½	163½ bz.
dito C.	11⅔	12	3½	189½ B.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	124 à 23¾ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	100½ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73¼ bz
R. Oderuf. St.-Pr.	—	—	5	87 B.
Rheinische	7	—	4	115½ bz. u. B.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	28½ bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	94½ B.
Thüringer	—	—	4	127¾ bz.
Warschau-Wien	8½	—	5	59⅝ B.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	160 B
Braunschw. B.	—	0	4	91¾ G.
Bremer Bank	6½	8	4	116½ G.
Danziger Bank	7 3/10	8	4	111 G.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	95¼ B.
Geraer Bank	7⅜	7⅜	4	103 B.
Gothaer „	7½	5	4	95 B.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	80¼ B.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	117½ bz.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	111 B.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	112 G.
Luxemburger B.	6	6	4	84 G.
Magdeburger B.	5½	5	4	92½ B.
Posener Bank	6½	7½	4	98¾ G.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	152 bz.
Thüringer Bank	4	4	4	65 G.
Weimar „	6½	4¼	4	88½ B.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	108⅝ etw. bz.
Coburg Credb.A.	8½	4	4	81 B.
Darmstädter „	6½	4½	4	80 B.
Dessauer „	—	0	—	2¼ B.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	103½ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	27½ bz.
Leipziger „	4	—	4	84¾ G.
Meininger „	7	—	4	91 G.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	18 B.
Oesterr. Credb.A.	4½	—	5	72⅞ bz.
Schl. Bank.-Ver.	7½	7½	4	114¼ B.
Minerva	1	—	5	32½ bz.
Fbr. v. Eisenbdf.	5½	10	5	121¼ etw. bz.

Berlin, 24. Juli. Roggen loco 67—70 Thlr. nach Qualität gefordert, 76—77pfd. 68 Thlr. ab Boden bez. — Rüböl loco 11⅝ Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 21⅓ Thlr. bez., pro Juli, Juli-Aug. und Aug.-Sept. 20½—⅓ Thlr. bez. und Br., ⅓ Thlr. Gld., Sept.-Oct. 20⅙—⅟₁₂ Thlr. bez. und Br., ⅙ Thlr. Gld., Oct.-Nov. 18⅙—⅙ Thlr. bez.

⊛ **Breslau**, 25. Juli. Für Getreide blieb bei ruhiger Stimmung der Preisstand unverändert, der Umsatz beschränkt. Von neuem Roggen und Gerste waren bereits kleine Pöstchen ziemlich feuchter Qualität am Markte. Weizen matter, pr. 84 Pfd. weißer 98 bis 110 Sgr., gelber 98—108 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen behauptet, pr. 84 Pfd. 81—87 Sgr. — Gerste wenig angeboten, pr. 74 Pfund helle 61—64 Sgr., gelbe 58—60 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Hafer wenig verändert, pr 50 Pfd. 40—44 Sgr., feinste Sorten über Notiz bez. — Erbsen schwach zugeführt. — Wicken ohne Umsatz. — Oelsaaten behielten matte Stimmung. Die Qualität der Zufuhren zeigte sich trockener. — Schlesische Bohnen ruhig. — Lupinen ohne Angebot. — Schlaglein schwacher Umsatz. — Rapskuchen beachtet, 51—53 Sgr., per Herbst 48—49 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	98—103—110	Wicken	48—54—58
Gelber Weizen	98—100—108	Bohnen	85—92—100
Roggen	81—84—87	Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.	
Gerste	58—60—64	Schlag-Leinsaat	190—200—210
Hafer	40—43—45	Winter-Raps	170—184—192
Erbsen	70—75—80	Winter-Rübsen	186—190—198

Kleesaat ohne Umsatz.
Neue Kartoffeln pr. Metze 2—2½ Sgr.

Steindachpappen, 85 Ruthen, à 2⅙ Thlr., beste Qualität, verkauft auch im Ganzen oder einzeln J. Cohn, Schmiedebrücke Nr. 12. [520]

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. In Vertretung: Dr. Weis.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.